



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Ein zukunftsfähiger ÖPNV muss mit mindestens 50 % Kostendeckung arbeiten, deshalb nein zu kostenlosen Tickets!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die finanzielle Entlastungswirkung für ÖPNV-Nutzer nur ein Teilaspekt des 9-Euro-Tickets war. Dem stehen überfüllte Züge und Bahnsteige, eine künstlich erhöhte Reisetätigkeit und die Gewöhnung an Dauersubventionen samt finanzieller Mehrbelastung für den Steuerzahler entgegen. Das 9-Euro-Ticket stärkt den ÖPNV nicht, es schwächt ihn.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich die tarifliche Struktur an den jeweiligen Erfordernissen und Aufwendungen zu orientieren hat. Eine totale Kostenfreiheit für ÖPNV-Nutzer ist aus betriebs- und marktwirtschaftlichen sowie aus fiskalischen Gründen abzulehnen – sie führt zu einem falschen Anreizsystem und einer deutlichen Mehrbelastung des Landeshaushaltes.
3. Der Landtag stellt fest, dass es keine Notwendigkeit gibt, den ÖPNV-Anteil im Modal-Split gegenüber dem Automobil aufgrund ideologisch motivierter Ziele zu erhöhen. Die freie Wahl des Verkehrsmittels ist ein essentielles Freiheitsrecht der Bürger. Die pauschale Forderung nach einer massiven Erhöhung der Mittel für den ÖPNV ist falsch und mit einer soliden Haushaltspolitik nicht vereinbar. Auch eine Öffnung der 1.Klasse für alle Reisenden ist abzulehnen. Auch in diesem Punkt würden die Besitzer von Monats- oder Netzkarten verprellt werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass die mangelnde Nutzung des 9-Euro-Tickets durch Bewohner ländlicher Gebiete selbsterklärend ist. Eine sinnvolle verkehrspolitische Erschließung des ländlichen Raumes kann nicht an hochsubventionierte Tickets gebunden sein.
5. Der Landtag stellt fest, dass die hohe Quote an PKW-Nutzern im ländlichen Raum rational bedingt ist und durch die freie Entscheidung der Bürger für das zu wählende Verkehrsmittel zustande kommt. Die freie Wahl des Verkehrsmittels ist ein demokratisches Grundprinzip, eine Umerziehung durch Planwirtschaft und politische Ideologien lehnt der Landtag ab.
6. Der Landtag stellt fest, dass eine massive Mittelaufstockung des Bundes weit über die geplanten 1,5 Mrd. Euro als unrealistisch anzusehen ist. In Zeiten von Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise muss sparsames Haushalten mit den zur Verfügung stehenden Steuermitteln oberste Priorität haben.
7. Der Landtag stellt fest, dass eine Fortführung des Flatrate-Tickets zum Preis von nur neun Euro daher unrealistisch ist. Ein Pauschalpreis muss sich an den realen Kosten bzw. deren Deckung orientieren. Steuererhöhungen zur Finanzierung erhöhter Subventionen lehnt der Landtag ab.
8. Der Landtag stellt fest, dass politische Vorgaben bei der Wahl des Verkehrsmittels für den Bürger abzulehnen sind. Sogenannte Umweltverbände, die These einer herbeigeredeten „Klimakrise“ oder gar ein „Klimanotstand“ sind rein ideologisch motivierte Instrumente, die dem Staatsziel, den Wohlstand aller Bürger zu mehren und Schaden vom Volk abzuwenden, diametral entgegenstehen. Dementsprechend darf es keine planwirtschaftlichen Vorgaben geben, die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV zu verdoppeln.

9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Thema eines hessenweiten Flatrate-Ticketangebots zu prüfen. Der Landtag betont, dass die Bepreisung eines solchen Tickets betriebswirtschaftlich realistisch im Sinne einer Kostendeckung des ÖPNV durch Fahrgeldeinnahmen von mindestens 50 % sein muss. Ein Pauschalticket zum steuerfinanzierten Dumpingpreis darf nicht die Antwort auf einen gesamtgesellschaftlichen Konsens in der Verkehrspolitik sein, dass der ÖPNV attraktiver werden muss.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für jeden Streckenabschnitt gesondert und in jedem Einzelfall durch Nutzen- / Kosten-Analysen zu prüfen ist. Dabei müssen Effizienz- und Kostenkriterien eine maßgebliche Rolle in der Entscheidungsfindung spielen. Eine pauschale flächendeckende Reaktivierung lehnt der Landtag ab.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. September 2022

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe